Anzeigengebühren: 250 Pfg. für die 8mal gespalt. Millimeterzeile, Auswärts 300 Pfg., für die Empfehlungszeile 700 Pfg. Erfüllungsort Castrop. Der etwa gewährte Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen. Größere Anzeigen werden bis vorm. 11 Uhr, kleinere bis 2 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten. Postscheckkonto [illegible] Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6. Verantwortlich für d. Schriftleit.: Franz Josef Prues, Castrop.

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und liefert durch Boten frei ins Haus gebracht 110 Mark (im voraus zahlbar) für den Monat. Postbezug 300 Mk. für das Vierteljahr, ohne Postbestellgeld. Falls wir in der Herausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. Schriftleitung: Castrop, Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung: werktags 6—7 Uhr nachmittags.

Castroper Anzeiger

Castroper Zeitung

48. Jahrgang

Rauxeler Neueste Nachrichten — Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop — Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst

Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 212 — Dienstag, den 12. September — 1922

In aller Kürze.

Wie der Matin meldet, hat die interalliierte Rheinlandkommission auf die amtliche Mitteilung des deutschen Reichskommissars, daß das Lied „Deutschland über alles" jetzt deutsche Nationalhymne sei, einstimmig die Antwort erteilt, daß sie ihr Verbot gegen das Singen des Liedes im besetzten Gebiet nicht zurückziehe.

*

Nach dem Berl. T. B. wurde das in die Felsen am Ufer der Saale bei Giebichenstein bei Halle eingehauene Denkmal Kaiser Friedrichs durch unbekannte Täter vernichtet.

*

Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Ausland-Paket- und Telegrammverkehr ist mit Wirkung vom 11. dieses Monats an auf 250 Mk. herabgesetzt worden.

*

Unter dem Ehrenvorsitz des Bundespräsidenten Hainisch fand in Wien die feierliche Eröffnung der internationalen Hochschulkurse statt, wozu insbesondere Engländer und Amerikaner erschienen sind.

*

Der englische Gewerkschaftskongreß nahm eine Entschließung an, die sich für den Bau eines Tunnels unter dem Aermelkanal ausspricht als Mittel zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit.

*

Wegen der von den Pariser Kommunisten angekündigten Umzüge waren die in Frage kommenden Straßen durch Polizei abgesperrt. Nur auf dem Platz de la Nation ist es zu kleineren Ansamlungen gekommen, die aber sofort von der Polizei zerstreut wurden. Bis 5 Uhr nachmittags waren keinerlei Zwischenfälle zu verzeichnen.

*

Die Vereinigung der französischen Seeleute hat beschlossen, daß am Tage nach der Veröffentlichung des Dekrets über die Abschaffung des Achtstundentages die Besatzungen die Schiffe für 24 Stunden verlassen und die von den Verbänden gemeinschaftlich gefaßten Entschließungen abwarten sollen.

*

Der polnische Generalstabschef Sikorski ist zur Teilnahme an den französischen Manövern in Paris eingetroffen.

*

Wegen eines Ausstands der Telegraphenbeamten in Polen sind die telegraphischen Verbindungen dahin ganz oder teilweise unterbrochen.

*

Zwischen Krassin als Vertreter der Sowjetregierung und dem Präsidenten des Aufsichtsrats der Russo Asiatic Consolidated, Leslie Urquart, ist am Sonntag ein Kontrakt unterzeichnet worden, der die Konzession in Sibirien, über die seit der Nationalisierung durch die Sowjets verhandelt wird, an die Russo Asiatic Consolidated übergibt.

*

Eine Luftfahrtkonferenz ist in Kopenhagen eröffnet worden. Schweden, Norwegen, Finnland und die Schweiz nehmen daran teil. Die Konferenz wurde einberufen, um zu erörtern, ob die neutralen Länder der internationalen Luftschiffahrtskonvention beitreten können.

*

Dollarkurs am 11. Sept.: 1540,00

Letzter Kurs: 1423,00 — Höchster Kurs: 1900,00

Aus dem Reiche.

Die Kohlenversorgung der Reichsbahn.

Berlin, 11. Sept. Die Versorgung mit Lokomotivbrennstoffen aus heimischen Revieren hat sich, wie aus dem Reichsverkehrsministerium gemeldet wird, noch nicht gebessert; die Ruhr lieferte auch im August nur rund 70 Prozent des planmäßigen Pflichtquantums von täglich 39 000, d. h. etwa 27 000 Tonnen, obwohl die Förderung in den letzten Wochen gestiegen war; noch weit mehr blieb Oberschlesien in den Lieferungen zurück, so daß von dem förderäglichen Gesamtsoll von rund 51 000 To. nur etwa 34 000 To., gleich 66 Prozent, geliefert wurden, mithin im vergangenen Monat rund 920 000 To., während der Verbrauch auf 1 350 000 To. zu schätzen war, so daß über 400 000 To. im Monat August Auslandskohle beschafft werden mußten, lediglich zur Deckung des laufenden Verbrauchs ohne Bevorratung. Der Dienstkohlenbestand beträgt zurzeit etwa 1 050 000 Tonnen, reicht also durchschnittlich für 23 Tage, jedoch sind in den meisten Bezirken die Bestände geringer, da im besetzten Gebiet auf Verlangen der Entente wesentlich höhere Vorratsmengen gelagert werden müssen. Man erwartet bedeutende Erleichterungen von der Auswirkung des Ueberschichtenabkommens. Die dadurch mehr geförderten Mengen wurden aber auch für den einsetzenden Ernteverkehr dringend gebraucht.

Belagerungszustand in Kattowitz.

Berlin, 11. Sept. Einer Privatmeldung zufolge ist in Kattowitz der Belagerungszustand erklärt worden. Die Straßen dürfen nach 10 Uhr abends mit einer Legitimation betreten werden. Wer beim Plündern, Rauben und Brandstiftungen ertappt wird, kommt vor ein außerordentliches Gericht, das die Todesstrafe in solchen Fällen verhängen kann. Das Todesurteil, gegen das es keine Berufung gibt, ist innerhalb 24 Stunden zu vollstrecken.

Reichspräsident Ebert über Oberschlesien.

Berlin, 11. Sept. Zugunsten des deutschgebliebenen Oberschlesien hatte der Oberschlesische Hilfsbund unter dem Protektorat des Reichspräsidenten am gestrigen Sonntag in der Staatsoper eine Feier veranstaltet, an der die Vertreter aller Staats- und Reichsbehörden teilnahmen. Der Reichspräsident war mit den Mitgliedern des Kabinetts, der preußische Ministerpräsident mit den Führern der Staatsregierung erschienen. Nach den musikalischen Darbietungen nahm Reichspräsident Ebert das Wort: Wir wollen Oberschlesiens gedenken, des Landes, das als Wahrzeichen deutscher Kultur und deutschen Geistes fest eingefügt in das politische und staatliche Leben des Reiches, gebend und nehmend, aufblühte, das, aus tausend Wunden blutend, von Aufständen und Einfällen heimgesucht, treu zu Deutschland hielt, und das uns trotzdem durch fremden Machtspruch entrissen wurde. Wertvollste Teile dieses Landes mußten wir hingeben und sehen, wie eine neue Grenze durch dieses unteilbare Gebiet gezogen worden ist. Ein unteilbares Ganzes, wertvollster Besitz sind uns genommen worden. Eine übergroße Mehrheit der Bevölkerung hat sich trotz aller Hemmungen und Drohungen für den Verbleib beim Mutterlande ausgesprochen. Gegen die Vernunft, gegen die Stimme des Volkes fiel die Entscheidung, die Oberschlesien zerriß. Darum müssen wir jetzt alles tun, um den deutschen Brüder jenseits der Grenze das Leben zu erleichtern. Es ist unsere Pflicht, die rechtliche Grundlage zu schaffen zur Erhaltung der deutschen Sprache und Kultur in den nunmehr abgetretenen Gebieten. Wir haben gegen die Vergewaltigung, die uns geschah, vor der ganzen Welt Protest eingelegt. Diese Verwahrung wird in der deutschen Geschichte weiterleben. Die Bergwerke und Fabriken Oberschlesiens, die einer fleißigen Bevölkerung Brot geben, werden zeigen, was deutsche Schaffenskraft diesem Lande gab. Wir gedenken heute unserer unveräußerlichen Rechte. Wir werden sie nicht vergessen. Aber wir wollen vorwärts schauen. Mit allen Kräften wollen wir Oberschlesien aufbauen, das für Deutschland so viel gelitten hat, das unsere ganze Fürsorge erwartet. Und sie soll ihm gewiß sein. Dankbar sind wir Oberschlesien für das Vertrauen, das es uns durch das Ergebnis der Abstimmung vom 9. Sept. bekräftigt hat. Schwer hat Oberschlesien zu ringen um sein Deutschtum gegen fremde, mit reichen Mitteln ausgestattete Werbearbeit. Den Oberschlesiern zu helfen, hat der Oberschlesische Hilfsbund, der alle Kreise und Schichtn unseres Volkes umfaßt, sich zur Aufgabe gestellt. Zeigen wir Oberschlesien und der ganzen Welt, daß Deutschlands große Not alle Glieder des Reiches nur fester miteinander verbindet. Wir wollen uns aus gemeinsamer Not emporarbeiten als ein einiges Volk. Es lebe Oberschlesien! Es lebe Deutschland!

Nach dieser mit großem Beifall aufgenommenen Rede erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen und sangen stehend „Deutschland, Deutschland über alles", Nachdem dann Michael Bohnen die Ansprache Hans Sachs' zum Vortrag gebracht hatte, erhob sich der preußische Ministerpräsident Braun und erklärte: Nebst der unglücklichen Rheinprovinz hat Oberschlesien am meisten gelitten. Unter dem Druck der fremden Besatzungen, unter den polnischen Insurgentenbanden hat Oberschlesien unsagbares erduldet. Und trotz aller Leiden hat es sich für Deutschland entschieden. Gleichwohl ist durch das Diktat von Genf Oberschlesien zerrissen und zerschnitten. Die deutschen Oberschlesier standen vor einer schwerwiegenden Entscheidung: ob sie als selbständiger Staat, umbrandet von fremden Einflüssen in die Gefahr geraten wollten, dem Reich entfremdet zu werden. Der gesunde Sinn der Oberschlesier und ihre Treue zu Preußen hat gesiegt. Im Namen der preußischen Staatsregierung und der anderen Länder spreche ich Oberschlesien den Dank aus. Hat Oberschlesien auch die Gewißheit, daß nun die Ruhe einkehren wird, so sind doch aus verflossenen Zeiten so große Schäden zu heilen, daß der Oberschlesische Hilfsbund eine ungeheure Aufgabe zu erfüllen haben wird. Bei Erfüllung dieser echt vaterländischen Aufgabe wird die preußische Staatsregierung ihn in weitestgehendem Maße unterstützen. Ich kann heute zu meiner Freude mitteilen, daß der Antrag des Bundes zur Genehmigung einer Lotterie für Oberschlesien in Anbetracht der großen Not des Landes ausnahmsweise bewilligt worden ist. (Beifall.) Die Abstimmung in Oberschlesien für Preußen hat eine weit über die Grenzen des Landes hinausgehende Bedeutung, weil sie eine Absage an jene Bestrebungen darstellt, die das Ideal der deutschen Einheit durch die Auflösung Preußens zertrümmern wollen. Die oberschlesische Abstimmung hat gezeigt, daß dieses Land sich im Rahmen des demokratischen Preußens an seinem Platze fühlt. Oberschlesien gehört zu Preußen, wie Preußen zum Reiche gehört. Preußisch sein, heißt deutsch sein. Die Abstimmung vom 9. September ist ein Bekenntnis zum Reich u. zu Preußen. — Die Eroica von Beethoven, nach deren zweitem Satz sich die Anwesenden zu Ehren der für Oberschlesien gefallenen deutschen Helden erhoben, schloß die würdige Feier.

Der Rathenaumord.

Aus der Anklageschrift.

Den 13 Angeklagten im Rathenau-Mordprozeß ist jetzt die Anklageschrift zugestellt worden. Einer Berliner Lokal-Korrespondenz zufolge führt die Anklageschrift aus, daß die Vorbereitungen zur Tat nach dem Ergebnis der Voruntersuchung etwa in die Zeit bis zum 10. Juni fallen.

Um diese Zeit kamen Fischer und Kern, die bis dahin in Flöha in Sachsen gewesen waren, nach Berlin und stiegen in einem Pensionat in der Bernburger Straße ab, um nach einigen Tagen in die Pension Scheer Am Zirkus 10 zu übersiedeln. Mit ihnen zusammen wohnte dort auch der Angeschuldigte v. Salomon, der sich „vergnügungshalber" in Berlin und Potsdam aufhielt. Kern erzählte Salomon, daß er einer „nationalen Sache" wegen in Berlin sei. Aus gewissen Andeutungen glaubte Salomon entnehmen zu können, daß die beiden ein Attentat auf Minister Rathenau vorbereiteten. Dieser Verdacht bestätigte sich, als Kern Salomon aufforderte, nach Kiel zu fahren, um dort einen „zuverlässigen" Chauffeur zu besorgen. Tatsächlich fuhr der angeschuldigte Salomon am 17. Juni nach Kiel und dann, als seine Bemühungen dort zwecklos waren, nach Hamburg, wo er den Angeklagten Warnecke aufsuchte. Warnecke brachte Salomon mit dem Detektiv Niedrig in Verbindung, der den Kraftwagen zu dem Attentat steuern sollte. Anfänglich war Niedrig bereit und fuhr auch mit Salomon nach Berlin. Man erörterte bis in alle Einzelheiten, wie das Attentat ausgeführt werden sollte. Inzwischen hatte Kern jedoch einen anderen Führer für den Kraftwagen gefunden und Niedrig reiste nach Hamburg zurück.

Während der Abwesenheit Salomons waren Fischer und Kern mit dem Studenten Ernst Werner Techow in Verbindung getreten, indem sie sich als Angehörige der Brigade Ehrhardt ausgaben. Wie Techow behauptet, haben Fischer und Kern ihm erzählt, es bestände ein Plan, Minister Rathenau zu ermorden, und sie wollten sich hierüber näher informieren. Weiter erzählte Fischer, daß er aus Sachsen ein Automobil erwarte, mit dem das Attentat ausgeführt werden solle.

Der Urheber des Mordplanes war nach Angabe Fischers der Unterprimaner Heinz Stubenrauch, der dem Deutschnationalen Jugendbund angehört. Stubenrauch war mit dem Angeklagten Günther befreundet und hatte diesem gegenüber die Absicht geäußert, Rathenau im Reichstag zu erschießen. Zu diesem Zwecke bedürfe er, Günther, jedoch eines Revolvers. Von diesem Plan Stubenrauchs hat Günther auch den beiden Brüdern Techow und anderen Personen Mitteilung gemacht, so daß die Kunde von dem Attentatsplan auch zu Fischer und Kern gelangte. Durch Vermittlung des jüngeren Techow versuchten Fischer und Kern Günther kennen zu lernen, um Näheres über den Mordplan zu hören. Gleichzeitig schickten Fischer und Kern den älteren Techow am 19. Juni nach Dresden, um dort das Auto in Empfang zu nehmen. Techow wurde auf dem Bahnhof in Dresden von dem jetzt flüchtigen Studenten Günther Brand in Empfang genommen, der den Boten nach Freiberg brachte und dort mit dem Fabrikanten Fritz Küchenmeister in Verbindung setzte.

Während dieser Reise kamen Fischer, Kern, der jüngere Techow und Günther in der Wohnung der Frau Techow zusammen. Fischer und Kern waren der Ansicht, daß Stubenrauch noch zu jung sei, um das Attentat auszuführen und trafen sich am nächsten Tag mit Techow und Günther, den sie beauftragten, eine Garage zu besorgen. Inzwischen hatte der Fabrikant Johannes Küchenmeister sich mit Ernst Techow und Brand getroffen und beiden seinen Kraftwagen übergeben. Küchenmeister war dabei gesagt worden, daß der Wagen „zu nationalen Zwecken" verwandt werden solle. Techow fuhr dann mit dem Kraftwagen nach Berlin, wo er gegen Mitternacht eintraf, und benachrigtigte sofort den angeschuldigten Kern, der mit Fischer zusammen den Wagen in eine Garage in der Wilmersdorfer Straße brachte.

Am nächsten Tage kamen Techow und Brand mit dem Auto an die Kreuzung Friedrichstraße und Ecke Unter den Linden, wo Fischer, Kern und Salomon einstiegen. Nach einer Fahrt durch den Tiergarten trennten sich Brand und Salomon von den übrigen Mitangeschuldigten. Am Nachmittag des 21. Juni gingen Tillessen, Plaas, Brand und Salomon im Tiergarten spazieren, und dabei erzählte Brand, wie die Anklage ihm zur Last legt, den Angeklagten Tillessen von den Plänen Fischers und Kerns. Es wurde Tillessen dabei mitgeteilt, daß man Rathenau auf der Straße erschießen wolle. Tillessen erklärte, erklärte, er habe den Plan mißbilligt, da es nach seiner Ansicht „politisch falsch" gewesen wäre, aus Minister Rathenau einen Märtyrer zu schaffen. Während dieses Gespräch stattfand, waren Fischer Kern und Günther mit dem Kraftwagen, den der ältere Techow lenkte, nach Wannsee und Nikolassee gefahren, und unterwegs machten die beiden Freunde Günther die Mitteilung, daß das Attentat in den nächsten Tagen ausgeführt werden solle. Zwei Tage vor dem Mord verließen Tillessen und Plaas Berlin und fuhren nach Flensburg bezw. Ludwigslust.

Am 24. Juni haben dann Fischer und Kern in der bekannten Weise das Attentat ausgeführt.

Der Oberreichsanwalt hat auf Grund des geschilderten Tatbestandes Anklage gegen Ernst Werner Techow erhoben, gemeinsam mit Fischer und Kern Minister Rathenau ermordet zu haben. Hans Techow, Günther, Ilsemann, Steinbeck, Niedrig, Warnicke und v. Salomon sind der Beihilfe angeklagt, ferner sind Hans Gerd Techow, Günther und Ilsemann, Schütt und Diestel wegen Begünstigung angeklagt, während das Verfahren gegen Tillessen, Plaas und Voß auf Grund des § 139 St. G. B. (Nichtanzeige drohender Verbrechen) angestrengt ist.

Der Oberreichsanwalt hat insgesamt nur 16 Zeugen geladen. Ferner wird als Sachverständiger Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Straßmann geladen werden. Die Verhandlung wird in Leipzig durchgeführt werden. Die Verteidigung der Angeklagten haben übernommen: Rechtsanwalt Dr. Sack-Berlin, Justizrat Dr. Hahn-Berlin für die Gebrüder Techow, Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune-Göttingen und Rechtsanwalt Gollnick-Berlin für Günther, Rechtsanwalt Grevinga-Oldenburg für Ilsemann, Rechtsanwalt Dr. Bloch-Berlin für Steinbeck, Niedrig und Warnicke, sowie für Tillessen und Plaas, Rechtsanwalt Dr. Alsberg für Schütt und Diestel, Rechtsanwalt Dr. Fell-Berlin für Voß.

Gegen Kapitänleutnant Dietrich und Dr. Stein ist die Anklage bisher noch nicht fertiggestellt worden.

Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Berlin, 11. Sept. Der Vorsitzende der Kriegslastenkommission, Staatssekretär Fischer, und der Staatssekretär a. D. Bergmann werden, wie das „Tageblatt" hört, heute abend nach Paris reisen, um, wenn es gewünscht werden sollte, der Reparationskommission über die Haltung der deutschen Regierung, sowie über die mit der Garantiefrage zusammenhängenden Probleme erneut Auskunft zu geben. Wahrscheinlich werden dann die deutschen Vertreter auf Grund eingehenden Materials den Beweis erbringen, daß eine Einlösung der Schatzwechsel innerhalb von sechs Monaten auch beim besten Willen nicht möglich ist. Heute nachmittag wird sich das Reichskabinett voraussichtlich in einer Sitzung mit der Situation beschäftigen. Man begegnet in hiesigen politischen Kreisen der Auffassung, daß die Situation zwar ernst, aber immer noch nicht ganz hoffnungslos ist und daß letzten Endes noch eine Einigung zustande kommt. Die Hoffnung, daß die Verhandlungen mit Belgien noch nicht abgebrochen sind, sondern wieder aufgenommen werden, stützt sich vor allem Dingen auf eine Aeußerung der Herren Delacroix und Bemelmang nach Abschluß der offiziellen Verhandlungen gegenüber einzelnen Mitgliedern der Reichsregierung.

Belgiens angebliche Auffassung der Lage.

Paris, 11. Sept. Der „Temps" läßt sich über die Aufnahme des Abbruches der Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien aus Brüssel melden, daß dieser Abbruch in offiziösen Kreisen eine Enttäuschung hervorgerufen habe. Entgegen dem, was behauptet worden sei, hätte sich Deutschland darauf beschränkt, als einzige Garantie die Unterschrift des Direktors der Reichsbank anzubieten. In Brüssel faßt man die Entwicklung der Lage folgendermaßen zusammen:

Die belgische Regierung wird heute nach der Rückkehr der Delegierten aus Berlin diese anhören, daraufhin sofort von der deutschen Regierung die Hinterlegung einer Goldsumme in von ihr ausgewählten ausländischen Banken verlangen und für den Fall, daß Deutschland diese verweigern sollte, sofort der Wiedergutmachungskommission die ganze Sachlage unterbreiten, die daraufhin ein absichtliches Verschulden Deutschlands feststellen werde.

In gewissen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Regierung vorläufig nur eine Goldhinterlegung für die Fälligkeitszahlungen vom 15. Aug. und 15. September, also 100 Millionen Goldmark, im ganzen werde verlangen können. Man ist weiterhin in Brüssel der Ansicht, daß, nachdem die belgische Regierung alles getan habe, um die Sache auf versöhnlichem Wege zu regeln, es jetzt an der Zeit sei, energische Maßregeln zu ergreifen, um Deutschland zur Zahlung zu zwingen.

(Ob bei dieser Meldung des französischen Blattes nicht wohl der Wunsch Vater des Gedankens gewesen ist? D. R.)

Der König von Belgien und Poincare.

Paris, 11. Sept. Nach einer Blättermeldung soll Poincare erst in der vergangenen Woche den Wortlaut der Entscheidung der Reparationskommission nachträglich erfahren haben (?). Als ihm Dubois telefonisch den Beschluß mitgeteilt habe, habe dieser ihm zunächst nur eine persönliche Auslegung gegeben. Als Poincare den Wortlaut erfahren habe, soll es zu einer heftigen Szene ge-

kommen sein. Poincare habe die Absicht geäußert, Dubois von seinem Posten abzuberufen. Er sei jedoch davon abgekommen angesichts der Einmütigkeit, mit der die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen Frankreich Stellung genommen habe.

Gut unterrichtete Kreise berichten, daß der König der Belgier an Millerand ein persönliches Schreiben gerichtet habe, in dem er auf eine Revision des französischen Standpunktes gedrängt habe.

*

Berlin und Brüssel.

Dr. G. Schultze-Pfaelzer schreibt in der „Täglichen Rundschau“:

Berlin ist wiederum zum Schauplatz für die Reparationstragödie geworden. Vorläufig bleibt der Vorhang freilich noch geschlossen, und was man hinter den Kulissen erhaschen kann, sind nur Vorbereitungen, Pläne, Wünsche, Vermutungen. Den Akteuren Delacroix und Bemelmans steht die deutsche Regierung jetzt wiederum mit ihrem Aufgebot von finanztechnischen Sachverständigen gegenüber. Der äußere Rahmen weist gewisse Aehnlichkeiten mit den Verhandlungen auf, die vor vierzehn Tagen in der Reichskanzlei und im Finanzministerium gepflogen wurden; auch damals zwei Vertreter der Siegerstaaten und auf der Gegenseite die Wirth, Hermes, Schröder und Bergmann.

Aber die Unterschiedlichkeiten überwiegen doch bei weitem die Vergleichspunkte. Damals die Abgesandten der Reparationskommission, also eines überstaatlichen Kollegiums, heute die Vertreter einer einzigen Macht, die sich als politische und wirtschaftliche Einheit präsentieren. Als man mit den Herren Bradbury und Mauclere beratschlagte, wußte man von vornherein, daß hinter ihnen zwei Regierungen standen, deren reparationspolitische Ansichten wesentlich voneinander abwichen. Eine Einigung mit beiden erschien darum unmöglich, und das Ergebnis konnte bestenfalls darin bestanden haben, daß sie sich über unsere wirtschaftliche Lage genau informierten und die Darlegungen der Reichsregierung in allen Teilen der Argumentation begriffen.

Leicht gemacht haben ihnen die Herren aus der Wilhelmstraße ihre Informationstätigkeit nicht. Mit den Gegenvorschlägen ließ man ziemlich lange auf sich warten, und der einzige diskutable Vorschlag, nämlich das Garantieangebot für Holz- und Kohlenlieferungen, wurde erst in allerletzter Stunde gemacht, als kaum die gröbsten Umrisse des Plans feststanden, und die Herren im Begriff waren, wieder den Zug zu besteigen. Die gegenwärtige Situation ist jedenfalls weit weniger gespannt als die damalige. Das Damoklesschwert eines Ultimatums schwebt nicht über Deutschlands Haupt. Man kann sich Zeit lassen zu ruhiger Erörterung, man braucht weniger als damals auf die Pariser Quertreiber zu achten.

Eine Verhandlung von Staat zu Staat ist überhaupt einer Auseinandersetzung mit der Reparationskommission bei weitem vorzuziehen. Die Repko soll zwar nach dem Sinne des Friedensvertrages vorwiegend ein wirtschaftliches Instrument sein, sie hat aber bisher nur in den seltensten Fällen die Möglichkeit gefunden, sich von dem außenpolitischen Ränkespiel freizumachen und als Sachverständigenausschuß in Erscheinung zu treten. Herr Dubois, der Vorsitzende, hat sich mehr als einmal als das Sprachrohr Poincares erwiesen, und auch die anderen Mitglieder pflegten auf die Stimmungen am Quai d'Orsay weitgehende Rücksicht zu nehmen. Die Reparationskommission wollte bei Meinungsverschiedenheiten das Urteil meist der Konferenz der Ministerpräsidenten überlassen, während die Konferenz der führenden Ententeminister mehr in ihrer Verlegenheit das Votum der Reparationskommission anrief. Durch dieses Hin und Her trat regelmäßig eine Verschleppung der dringendsten Fragen ein, und als Folge davon machte sich in Berlin wieder eine Nervosität bemerkbar, die das Einhalten einer klaren Linie verhinderte.

Die Wochen vor der Entscheidung über das deutsche Moratoriumsgesuch waren dafür typisch. In keinem Stadium der Verhandlungen wußten wir, was die Partner, die nicht als Willenseinheit auftraten, wollten. Es ist auch heute noch nicht bekannt, wie man bei den entscheidenden Instanzen die deutschen Vorschläge, die als Gegenleistung für die Gewährung des Moratoriums gedacht waren, aufgenommen hat. Die Frage hat keineswegs einen bloß historischen Wert. Wir dürfen niemals vergessen, daß unser Moratoriumsgesuch abgelehnt ist, daß vorläufig die Zahlungen nach dem im Frühjahr festgesetzten Plan weiterlaufen sollen. Unsere Verpflichtungen bis Ende des Kalenderjahres belaufen sich noch auf die unter den heutigen Verhältnissen für uns riesenhafte Summe von 270 Millionen Goldmark.

Man berät zurzeit nicht etwa darüber, wie uns diese Schuldsumme gestundet werden könnte, sondern nur über den Zahlungsmodus. Deutschland soll den Belgiern Schatzanweisungen übergeben, für die eine Deckung geschaffen werden muß, und zwar eine Deckung, für die Deutschland zu sorgen hat. Entweder müssen wir also aus der Substanz unserer Volkswirtschaft Pfänder zur Verfügung stellen oder im Auslande Kredite beschaffen. Jedenfalls wollen die belgischen Unterhändler aus Berlin die Garantie mitnehmen, daß sie nicht wertlose Wechsel erhalten, sondern Deckungen, die auf dem internationalen Finanzmarkt als gutes Geld betrachtet werden.

Offenbar bemühen sich die belgischen Herren um eine für Deutschland möglichst schmerzlose Form des Uebereinkommens. Sie sind ohne Zweifel gesonnen, auf die deutschen Nöte mögl[ichst] Rücksicht zu nehmen. Aber sie wollen Geld. Und sie vermögen ihre Forderungen auch in den höflichsten Formen vorzubringen, sie verlangen etwas, was uns in weitere Schuldknechtschaft stürzt. Solange die Verhandlungen schweben, hat es gewiß wenig Zweck, argwöhnisch den einzelnen Etappen zu folgen und Mißtrauen zu säen. Es genügt wohl, wenn man die belgischen Vertreter davor warnt, lediglich an den belgischen Staatssäckel zu denken, und sie daran erinnert, daß die weitere Aussaugung Deutschlands den Weg zu einer friedlichen Verständigung mit allen beteiligten Mächten über die Reparationsfrage erschwert.

Soweit man hört, scheinen die Vertreter des Gläubigerstaates Belgien besonderen Wert auf die Brüsseler Reparationskonferenz im Spätherbst zu legen. Sie möchten womöglich die jetzigen Verhandlungen als eine Vorstufe dazu betrachtet wissen. Wenn sie allerdings jetzt nicht auf die deutsche Lage die genügende Rücksicht nehmen, so könnte Deutschland nicht anders als in tiefster Entmutigung den Gang nach Brüssel antreten. Dort soll endgültig über die Gewährung eines Moratoriums entschieden werden; wenn günstiger Wind weht, sogar über eine grundlegende Neuordnung der Reparationen. Wenn die Belgier jetzt den krassen Gläubigerstandpunkt einnehmen und nicht den Geist bekunden wollten, aus dem allein ein weitgehendes Moratorium oder die Herabsetzung der deutschen Schuldsumme geboren werden kann, so dürfen wir vermutlich auch auf Brüssel keine besonderen Hoffnungen setzen.

Die Aussprache von Staat zu Staat ermöglicht ein genaueres gegenseitiges Kennenlernen. Wir möchten wünschen, daß es den Belgiern hier in Berlin klar zum Bewußtsein käme, daß man mit den Pariser Kabinettsmethoden der Lösung des Konflikts nicht näher kommen kann. Man sollte die gegnerischen Unterhändler auch darüber nach Kräften belehren, daß auch die sogenannte Atempause noch keineswegs genügt, um Deutschland vor dem Zusammenbruch zu retten. Wir brauchen nicht nur eine Pause, um wieder für eine kurze Frist neue Luft zu schöpfen, sondern wir brauchen eine wirtschaftspolitische Atmosphäre, in der Deutschland dauernd atmen kann.

Es gibt nur ein einziges Hilfsmittel: die Herabsetzung der deutschen Schuldsumme, verbunden mit Krediten und erleichterten Zahlungsbedingungen. Alles andere bleibt Flickwerk. Wenn man sich heute über Schatzanweisungen und morgen über produktive Pfänder und übermorgen über Sachleistungsgarantien unterhält, so prägt man nur immer neue Namen für denselben Rechenfehler. Solange Deutschland nicht über seinen notwendigsten eigenen Bedarf hinaus ungehemmt durch fremde Schikanen Werte schaffen kann, bleibt alles Kopfzerbrechen der gegnerischen Finanzweisen unfruchtbar.

Letzte Drahtnachrichten.

Deutsche Note an den Völkerbund.

Genf, 12. Sept. Der Leiter des deutschen Konsulats in Genf, Legationsrat Dr. Nasse, überreichte gestern dem Generalsekretariat des Völkerbundes im Auftrag der Reichsregierung folgende Note:

„Der deutschen Regierung ist aus der polnischen Presse eine Note der polnischen Regierung an den Völkerbund bekannt geworden, in der die polnische Regierung eine Reihe heftiger Anschuldigungen gegen deutsche Regierungsorgane wegen angeblicher Unterdrückung der polnischen Minderheiten in Deutsch-Oberschlesien, Preußen und im übrigen Deutschland richtet. Hinsichtlich Oberschlesiens, an dessen Minderheitenschutz allein ein Interesse des Völkerbundes, gemäß des Genfer Abkommens vom 25. Mai 1922 besteht, hat die deutsche Regierung die Ehre, darauf hinzuweisen, daß sie die fraglichen Vorwürfe als in jeder Weise unrichtig und haltlos zurückweisen muß. Die deutsche Regierung behält sich vor, dem Völkerbund eingehendes Material vorzulegen, aus dem die Haltlosigkeit der polnischen Behauptungen hervorgeht, was aber auch durch das Zeugnis des Herrn Präsidenten Calonder und des Herrn Präsidenten Kaeckenbeeck nachzuweisen ist. Im übrigen muß die deutsche Regierung daran festhalten, daß Beschwerden über polnische Minderheiten auf dem durch das Genfer Abkommen vom 25. Mai 1922 vorgezeichneten Instanzenweg erledigt werden.

Die Pariser Reise Fischers und Bergmanns.

Berlin, 11. Sept. Wie dem „Lokalanzeiger“ von zuständiger Seite erklärt wird, ist die Reise der Staatssekretäre Fischer und Bergmann nach Paris auf die Initiative der Reichsregierung zurückzuführen. Es wird hervorgehoben, daß der springende Punkt nicht in der Frage der Garantien zu suchen ist sondern in der Frage der Prolongation der Schatzscheine. Es sei für die Reichsregierung, so wird von unterrichteter Seite erklärt, unmöglich, die Schatzscheine nur auf 6 Monate auszudehnen. 18 Monate seien der Mindesttermin. Man müsse damit rechnen, daß im Februar der gesamte deutsche Devisenbedarf für Lebensmittel usw. zur Verfügung stehen müßte. Nach dem „Berliner Tageblatt“ ist man in Berliner politischen Kreisen der Auffassung, die Situation, wie sie durch die Abreise der belgischen Delegation entstanden sei, sei wohl ernst, jedoch nicht aussichtslos. Es ist möglich, daß noch letzten Endes eine Einigung zustande kommt

Die englische Presse zur Warnerede Poincares.

Paris, 12. Sept. Die gestern in Meaux gehaltene Rede Poincares findet in der englischen Presse ein wenig angenehmes Echo. Nur die Times sieht in der Rede Poincares eine Warnung an Deutschland und hofft, daß dieses sein Verhalten danach einstellen werde. Alle anderen Blätter verurteilen die Rede mehr oder weniger. Die Westminster Gazette zum Beispiel sagt, die Rede stelle eine neuerliche Drohung Frankreichs dar, unter Umständen in isolierter Aktion vorzugehen.

Das Oberschlesien-Programm Preußens.

Berlin, 12. Sept. Bei dem vorgestrigen Empfang des oberschlesischen Hilfsbundes beim Reichspräsidenten haben u. a. auch die preußischen Minister Stering und Wendorff Ansprachen gehalten, die sich mit dem preußischen Wirtschaftsprogramm für Oberschlesien befaßten. An erster Stelle stehen hier die Aufgaben, die infolge der Grenzziehung entstanden. Die neue Grenze hat eine vollständige Zerreißung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes herbeigeführt, und deshalb konzentriert sich die Fürsorge des Staates zuerst auf die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit. Dazu gehört die Gestaltung der öffentlichen Wege, die Förderung der Kleinbahnen und die Erweiterung der Wasserversorgung des oberschlesischen Industriegebietes. Da für den gesunden Aufbau die Heranbildung des kaufmännischen und gewerblichen Nachwuchses unentbehrlich ist, soll das Berufs- und Fachschulwesen fürsorgliche Unterstützung finden. Nicht an letzter Stelle stehen die großen Aufgaben auf dem Gebiet des Siedlungswesens und die der Erschließung neuer Steinkohlenfelder. Zur Hebung der Produktion sollen die bestehenden Steinkohlenschachtanlagen im Laufe der nächsten Jahre so entwickelt und ausgebaut werden, daß die Jahresförderung beträchtlich erhöht wird. Für die zahlreichen Flüchtlinge ist der Bau neuer Wohnungen von zwingender Notwendigkeit. Der oberschlesische Bleierzbau soll auf jede Weise gefördert und bedeutend erweitert werden. Das gleiche gilt von den staatlichen Eisenhütten, und auch von der Privatindustrie werden große wirtschaftliche Erweiterungsarbeiten geplant. Sie will sich außerdem in hervorragendem Maße an dem Siedlungswesen beteiligen.

Die Türkei ladet zu Verhandlungen ein.

Paris, 11. Sept. Nach einer über London eingegangenen Privatmeldung der „Information“ soll Mustapha Kemal Pascha die Vertreter der Verbündeten und die Delegierten der griechischen Hauptarmee eingeladen haben, mit ihm zusammenzutreffen, um die Bedingungen eines Waffenstillstandes zu besprechen.

Demobilisation des griechischen Heeres.

Smyrna, 11. Sept. Das griechische Hauptquartier ist nach Mytilene verlegt worden, von wo aus die weiteren Operationen geleitet werden sollen. Eine Athener Meldung berichtet, daß die Dmobilisation der griechischen Truppen sofort nach Beendigung des Rückzuges beginnen werden. In der Stadt Athen sind strenge und umfassende Ordnungsmaßnahmen ergriffen worden. Alle Kundgebungen und Versammlungen sind verboten.

Ende des amerikanischen Kohlenarbeiter-Streiks.

Newyork, 11. Sept. Die 155 000 Anthrazit-Grubenarbeiter haben am Sonntag in Wilkesbarre einstimmig beschlossen, am heutigen Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Damit hat der lange Kohlenarbeiterstreik sein Ende gefunden.

Kein neuer Gewehrtyp für das französische Heer.

Paris, 11. Sept. Das französische Kriegsministerium dementiert die Meldung des „Newyork Herald“, daß das französische Heer mit Browninggewehren eines neuen Typs ausgerüstet werden solle.

Verlorene französische Fahnen.

Berlin, 11. Sept. In einem süddeutschen Blatt war die Nachricht aufgetaucht, die Reichsregierung sei an die bayrische Regierung mit dem Ersuchen herangetreten, für die verlorenen französischen Fahnen aus dem Kriege von 1870 Ersatz zu leisten mit Fahnen aus dem Freiheitskriege. Ein solches Ersuchen der Reichsregierung ist nicht ergangen. Die Reichsregierung hat in der Frage der Rücklieferung der eroberten Fahnen im übrigen alles getan, was sie tun konnte, um die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Die fraglichen Fahnen sind aber spurlos verschwunden.

Zum Verbot der deutschen Nationalhymne im besetzten Gebiet.

Frankfurt, 11. Sept. Zum Beschluß des Singverbots der deutschen Nationalhymne „Deutschland, Deutschland über alles“ im besetzten Gebiet durch den französischen Vorsitzenden der interalliierten Rheinlandkommission verlautet noch, die französische Regierung habe sogar die diplomatischen Vertretungen im Auslande angewiesen, offizielle deutsche Festlichkeiten, deren Teilnahme sie nicht umgehen könnten, zu verlassen, wenn dabei deutsch-patriotische Demonstrationen stattfinden, wenn z. B. „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen wird.

Dr. Düringer bleibt im Reichstag.

Stuttgart, 11. Sept. Der Landesausschuß der Deutschnationalen Volkspartei in Baden hatte beschlossen, den Abgeordneten Dr. Düringer aufzufordern, daß er sein Amt als Landesvorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei in Baden und sein Reichstagsmandat niederlegen solle, da er das Vertrauen seiner Partei nicht mehr besitze. Dr. Düringer hat darauf erklärt, daß er zwar den Vorsitz in der Landespartei niederlegen, aber dem Verlangen, sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niederzulegen, nicht Rechnung tragen werde.

Aus dem Auslande.

Oesterreich.

Fünf-Millionen-Kronennoten.

Wien, 11. Sept. Die österreichisch-ungarische Bank sieht sich, wie bereits gemeldet, gezwungen, zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs eine neue Banknote zu 500 000 Kr. auszugeben. Um aber allen Zahlungsschwierigkeiten, die bereits jetzt ziemlich erheblich sind, bis zur Ausgabe dieser neuen Noten vorzubeugen, wird die österreichisch-ungarische Bank ab Montag, dem 11 Sept., Kassenscheine zu 1 Million und 5 Millionen (!) Kronen ausgeben, die nach der Emission der 500 000-Kronen-Scheine eingezogen werden sollen. — Die „Zahranicni Politica“, eine Revue des Prager Außenministeriums, veröffentlicht interessante Einzelheiten über die Vorgeschichte der jetzt in Genf zur Sprache gekommenen Finanzkontrolle Oesterreichs. Danach haben die britische und die tschecho-slowakische Regierung im Februar dieses Jahres, als sich die Finanzkommission des Völkerbundes mit der Sanierung Oesterreichs befaßte, gefordert, daß für Oesterreich ein finanztechn. Berater gestellt werde, der Oesterreich bei der Durchführung der Finanzreform unterstützen sollte. Die österreichische Regierung lehnte damals diese Forderung ab und wollte nur ein Mitglied der Finanzkommission des Völkerbundes zu informativen Zwecken zulassen. Das lehnte wiederum die Kommission ab.

*

„Reparationen“ und Rheinland.

Zum Stinnesvertrag.

Von Trevier.

Wir wollen uns hier weniger mit der wirtschaftlichen Seite des Stinnesvertrages beschäftigen als mit der politischen. Und zwar mit seinen möglichen Auswirkungen auf die französische Rheinlandpolitik, wie auf das deutsch-französische Verhältnis überhaupt. Rathenaus Wiesbadener Abkommen bedeutete fraglos für das besetzte Gebiet eine außerordentliche Gefahr. Die Wahl der deutschen Lieferfirmen stand der Gegenseite frei. Der Vertrag aber war von Regierung zu Regierung geschlossen. Die französischen Bestellungen gingen also durch die Hände der französischen Regierung. Ihr Einfluß auf die Auswahl der deutschen Lieferfirmen war durchaus beabsichtigt und hatte ein hochpolitisches Ziel: die Bevorzugung der linksrheinischen Industrie. Mit anderen Worten: die Milliardenaufträge, eine wirtschaftliche Hochkonjunktur, die das deutsche Volk selber zu zahlen hatte, sollten als Propaganda für die französische Rheinlandpolitik dienen, sollten die Orientierung, die Umstellung der rheinischen Industrie, der rheinischen Wirtschaft und damit des rheinischen Volkes nach Westen einleiten. Durch den Vertrag zwischen Stinnes und de Lubersac ist diese Gefahr erheblich herabgemindert. Es handelt sich hier um einen privatwirtschaftlichen Vertrag, dem die politische Tendenz fehlt. Die „Hoch und Tief“ hat das Recht, die Bestellungen selber zu verteilen. Die Verpflichtung ist ihr zwar auch auferlegt, Bestellungen an von der Confederation präsentierte deutsche Firmen zu geben. Jedoch kann diese Verpflichtung kaum noch zu einer politischen Gefahr werden, denn hier wird nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten verhandelt. Die Confederation Generale ist eine reine Selbstverwaltungsorganisation der französischen Entschädigungsberechtigten. Alle Aufträge und Arbeiten gehen durch rein geschäftliche Vermittlungsstellen, die Aufträge, Verteilung und Ausführung überwachen. Und das nur nach rein sachlichen, ökonomischen Gesichtspunkten. Dann darf gesagt werden, daß zwischen der Confederation und der französischen Regierung gewisse Meinungsverschiedenheiten und Spannungen bestehen. Der Plan des Ministers le Trocquer, durch deutsche Arbeiter und mit deutschen Material im Innern Frankreichs große Kanal- und Tunnelarbeiten ausführen zu lassen, hat in den zerstörten Gebieten, die an Materialmangel leiden, keineswegs entzückt. Der Plan wurde heftig angegriffen. Man schritt zur endlichen Selbsthilfe, deren Ergebnis der heutige Vertrag ist. Es ist also kaum anzunehmen, daß die Confederation eigene Wiederaufbauinteressen für die rheinische Politik des bloc national opfern werde. Zudem hat sich die „Hoch und Tief“ „in Anbetracht des außerordentlichen Umfanges der Lieferungen“ das Recht vorbehalten, sich unter ihrer Verantwortung mit anderen deutschen Firmen zusammenzutun. Eine solche große deutsche Arbeits- und Lieferungsgemeinschaft schließt es von selbst aus, sie zu politischen Nebenzwecken zu mißbrauchen.

Es ist keine Frage, daß mit diesem Abkommen der Weg zu einer Zusammenarbeit zwischen der deutschen und französischen Industrie angebahnt wird. Denn jetzt endlich soll der Wiederaufbau beginnen. Deutsche Industrielle, Ingenieure und Techniker werden in den zerstörten Gebieten an Ort und Stelle die Bedürfnisse prüfen, Vorschläge, Entwürfe machen. Das wird sich aus den Sachlieferungen von selbst ergeben. Und dann soll man den Kernpunkt nicht übersehen. Der Abschluß der Verhandlungen des französisch-deutschen Kartellsyndikats wird gemeldet. An Stelle des durch die Abtretung des Elsaß durchbrochenen deutschen Kalimonopols tritt die deutsch-französische Interessengemeinschaft. Das ist die Phase einer natürlichen Entwicklung. Der deutsche schöpferische Wirtschaftsgeist, die deutsche Organisation haben vor dem Kriege der ganzen Industrie, die im Westen liegt, von Basel aufwärts über Luxemburg, das Erzbecken von Briey, bis in die Woll- und Webindustrie von Tourcoing, Impuls, Aufstieg und Leben gegeben. Es erwuchs da überstaatlich ein Industrieland, das etwa dem alten Lothringen entspricht. Frankreich, die französische Wirtschaftsführung und Organisation sind gar nicht imstande, die durch den Gewaltvertrag von Versailles erweiterte französische Industrie allein am Leben zu erhalten. Jetzt schon nicht, erst recht nicht, wenn einmal die billige deutsche Reparationskohle ausbleibt. Die Erkenntnis dieser Tatsache hat die französische Propaganda für die „wirtschaftliche Verständigung„ geboren. Die deutschen Industrieführer sind bereit dazu. Sie sind des Glaubens, daß auf diesem Wege die ganze Reparationsfrage zu lösen, ein erträgliches Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zu schaffen ist — ein Verhältnis der gemeinsamen Interessen. Die französische Politik — und wohl auch die Industrie — aber planen die Gemeinschaft als eine Ausbeutung, weil sie die politisch stärkeren sind und mit allen Mitteln bleiben wollen. Die deutschen Führer behaupten, die Gewalten und Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung sind stärker als alle Politik. Der wirtschaftlich Stärkere, Leistungsfähigere setzt sich durch.

Im Rheinland fällt die Entscheidung. Bleibt der Rhein deutsch, dann setzen wir uns auf die Dauer durch.

Aus Castrop und Umgegend.

✉ **Eine Sitzung des Kreistages** findet am Samstag, den 23. September, nachmittags 4 Uhr, im Dortmunder Kreishause statt. Auf der nur wenige Punkte umfassenden Tagesordnung steht u. a. die endgültige Festsetzung des Haushaltsplanes.

⊙ **Der Gewerkverein christl. Bergarbeiter** hält für die Jugendgruppe der hiesigen Zahlstelle 1 am kommenden Sonntag morgen 11 Uhr bei Hellweg eine Versammlung ab.

♂ **Schon wieder ein neuer Drahtdiebstahl!** In der Nacht von Freitag zu Samstag wurde an der Emschertalbahn, unterhalb der Unterführung an der Bladenhorster- und Emschertalstraßen-Ecke Telegraphendraht im Gesamtgewichte von einem Zentner gestohlen. Von den Tätern fehlt leider bis zur Stunde jede Spur.

* **Ein Einbruchsdiebstahl** wurde in der Nacht von Sonntag zu Montag in der Wilhelmstraße bei einem Schneidermeister verübt. Den beiden Tätern, von denen der eine draußen Schmiere stand, sind Tuche in die Hände gefallen. Der Schneidermeister, der dem einen Dieb im Flure begegnete, hat die Täter erkannt, sodaß diese wohl zur Rechenschaft gezogen werden dürften.

Knappschaftliches. Aus dem Jahresbericht für 1921 der Sektion 2 der Knappschaftsberufsgenossenschaft seien folgende Zahlen genannt: Insgesamt sind 874 Betriebe mit 5 577 005 Personen im Berichtsjahre bei ihr versichert gewesen. Davon waren 287 Betriebe mit 553 628 versicherten Steinkohlengruben. Die Gesamtlohnsumme für die Versicherten betrug im Berichtsjahre 12 182 081 216 ℳ gegenüber 7 644 617 637 ℳ im Jahre 1920. Auf einen Versicherten entfielen davon durchschnittlich 21 870 69 ℳ. Im Berichtsjahre waren 4991 Unfälle entschädigungspflichtig gegenüber 4884 im Vorjahre. Es ereigneten sich 6 Massenunglücke: am 14. April auf „Constantin 6-7" mit 17 Toten und 4 Verletzten, am 14. Juni auf der Kokerei der Möllerschächte mit 11 Verletzten, am 20. Juni auf „Mont Cenis 1-3" mit 84 Toten und 76 Verletzten, am 20. August auf „Helene" mit 10 Toten und 2 Verletzten, am 13. September auf „Adolf von Hansemann" mit 7 Toten und 5 Verletzten und am 20. Oktober auf „Viktoria Mathias" mit 10 Toten und 4 Verletzten. Im Berichtsjahre sind insgesamt 22 Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen vorgekommen. Durch Stein- und Kohlenfall entstanden 1427 entschädigungspflichtige Unfälle. Davon waren 337 tödlich. Die für Unfallentschädigungen aufgewandte Summe betrug im Jahre 1921: 48 956 537,51 ℳ gegenüber 28 987 317,59 ℳ im Vorjahre.

⊡ **Erweiterung der Zuständigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.** Die Zuständigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte für Streitigkeiten zwischen Angestellten und ihren Arbeitgebern ist seit jeher von der Nichtüberschreitung einer gewissen Einkommensgrenze abhängig gemacht worden. Während diese Grenze aber vor dem Kriege mit 5000 ℳ derart bemessen war, daß annähernd 99 Prozent aller Angestellten dauernd erfaßt wurden, haben die in der Zwischenzeit vorgenommenen Erhöhungen der Gehaltsgrenze bei der fortschreitenden Geldentwertung nicht vermocht, diesen Zustand aufrechtzu erhalten. Zumeist waren die neuen Grenzen bereits wieder überholt, noch ehe die betreffenden Gesetzesänderungen überhaupt Gesetzeskraft erlangt hatten. Um diesem unbefriedigenden Zustande angesichts der weiterhin bevorstehenden Geldwertverminderung ein Ende zu machen, hat der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA.) in Eingaben an Reichstag und Reichswirtschaftsrat sowie an sämtliche Reichstagsfraktionen den sofortigen Erlaß eines Gesetzes über die Aufhebung von Gehaltsgrenzen im Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz gefordert. Gleichzeitig sollen durch dieses Gesetz auch die im Handelsgesetzbuch und der Gewerbeordnung für die Anwendung der Kündigungsschutzvorschriften vorgesehenen Einkommensgrenzen beseitigt werden. Für den äußersten Fall ist als Mindestforderung eine Erhöhung der gegenwärtigen Summen auf 300 000 ℳ aufgestellt worden. Wie wir hören, hat der Hauptausschuß für die soziale Versicherung der Angestellten die gleichen Forderungen bezüglich der Angestellten-, Kranken- und Unfallversicherungspflicht erhoben.

Aus dem Emschertal.

⊙ **Habinghorst.** (Beschossener Straßenbahnwagen). Einen nicht gelinden Schreck werden Samstag die Insassen des Straßenbahnwagens bekommen haben, der gegen 8½ Uhr abends von der Haltestelle Ecke Kronprinzen- und Josefstraße abfuhr. Als der Wagen gegenüber dem Hause Henrichenburgerstraße 12 war, klirrten plötzlich die Scheiben des Wagens. Eine Kugel aus einem 7 Millimeter-Revolver hatte die Scheibe zertrümmert. Der Wagenführer hielt sofort an und er sah, wie 2 junge Burschen im Alter von 16 bis 17 Jahren fortliefen. Er nahm sofort mit dem Schaffner ihre Verfolgung auf, indes gelang es den Lümmeln in der Dunkelheit zu entkommen. Ob hier ein dummer Jungenstreich oder böse Absicht vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

△ **Bladenhorst.** (Die Verurteilung des Bladenhorster Schloßdiebes). Längere Zeit wurden in Castrop, Herne und Umgegend Villen mit nächtlich ausgeführten, verwegenen Einbrüchen heimgesucht. Die Kriminalpolizei machte schließlich den Einbrecher in der Person des übelbeleumdeten Arbeiters Fritz Witoska aus Sodingen dingfest, der bereits wegen Einbruchdiebstahls in mehreren Fällen vorbestraft und von der Dortmunder Strafkammer demnächst noch wegen einer Reihe schwerer Einbruchdiebstähle zur Verantwortung gezogen wird. Witoska, gefesselt vorgeführt, hatte sich vor der Bochumer Strafkammer wegen 8 vollendeter und 5 versuchter Einbruchdiebstähle zu verantworten. W. brach mit Diebeswerkzeugen gut ausgerüstet in die Villa des Markscheiders Lübbert in Herne ein, wo er eine goldene Uhr, 80 Damenhemde, 12 Unterröcke, Damenkleider, Anzugstoffe, Zigarren, Schirme, gestickte Decken, Taschentücher, Servietten, Strümpfe erbeutete. Aus der Villa des Fabrikanten Halstrick holte er Jagdschuhe, Handschuhe, Hemden, Wickelgamaschen heraus. Ein nächtlicher Besuch im Schlosse Bladenhorst brachte ihm silberne Bestecks ein, den Fabrikanten Behmer erleichterte er um Mantel und Decken, aus der Villa des Dr. Zumbusch in Sodingen holte Witoska 60 silberne Löffel, einen weiteren Kasten mit silbernen Löffeln, Decken, Zigaretten und Servietten. In der Villa des Direktor Heger zu Holthausen stahl W. einen Mantel mit Bisambesatz, Brieföffner, Würste, zwei Schinken, eine Aktenmappe und einen Revolver. Bei einem Einbruch in die Villa des Architekten Sprenger erbeutete er Schuhe, Kleidungsstücke, Hammer, Ueberzieher, Füllfederhalter, Hut, 6 Paar Handschuhe, 200 Zigarren, Brotkarten, einen Serviettenring. Zumeist stieg er durch eingeschlagene Oberlichter oder Kellerfenster ein. Vergitterte Fenster waren für ihn kein wesentliches Hindernis, mit einem Holzpfahl bog er sie auseinander. Gestört oder verscheucht wurde W. bei Einbrüchen in die Häuser des Landwirts Regenbogen in Börnig, Direktor Schulte, Architekten Klein und Sprenger in Herne und des Betriebsführers Lehmkuhl in Holthausen. In einem Falle kam er der Schnur der Alarmglocke zu nahe, durch dessen Läuten veranlaßt, er schnell das Wette suchte. Die Beute verschob W. zumeist nach Dortmund. Die Strafkammer verurteilte den 24-jährigen Angeklagten zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 8 Jahren

△ **Ickern.** (Deutscher Gewerkschaftsbund.) Die hiesige Zahlstelle des Zentralverbandes christl. Bauarbeiter hält am Donnerstag, den 14. Sept., abends 7 Uhr im Verkehrslokal eine Mitgliederversammlung ab.

Turnen, Spiel und Sport.

Fußball.

Castroper Sportverein 02.

C. S. V. (Liga gegen A. T. V. Unna (Liga) 4:2.

Wie zu erwarten war, hatte das Spiel eine ansehnliche Zuschauermenge angelockt. Punkt 5 Uhr pfeift der Schiedsrichter das Spiel an. Die Gäste haben Anstoß und gehen gleich durch. Die Castroper Verteidigung ist jedoch auf dem Posten und weiß rechtzeitig zu klären. Leider mußte schon in der 1. Minute der lk. Verteidiger des Platzvereins infolge einer Fußverletzung das Spielfeld verlassen. Nachdem sich die Castroper Elf nach 10 Minuten durch Ersatz wieder vervollständigt hat, leiten sie gefährliche Angriffe ein und schaffen dadurch kritische Situationen vor dem gegnerischen Tor. Scharfe Schüsse gehen ins Aus oder werden von dem Torwart der Gäste unschädlich gemacht. Bei einem plötzlichen Durchbruch können die Gäste durch ihren vorzüglich arbeitenden Mittelstürmer in der 23. Minute das erste Tor erzielen. Doch die Castroper lassen sich hierdurch nicht entmutigen. Noch in derselben Minute erzielen sie nach flachem Kombinationsspiel unter großem Beifall der Zuschauermenge das ausgleichende Tor und lassen in der 28. und 30. Minute zwei weitere Tore folgen. Halbzeit 3:1 für Castrop.

Nach Seitenwechsel kommen die Gäste etwas mehr auf. Beide Mannschaften spielen aufgeregt. Doch hält der Schiedsrichter das Spiel in der Grenzen des Erlaubten. In der 55. Minute Nr. 2 für Unna. Wiederum war es der Mittelstürmer, der bei einem Durchbruch den Ball ins Netz jagte. Dann sieht man den Platzverein immer wieder im Angriff, der sich auch das Heft nicht mehr aus den Händen nehmen läßt. Die Verteidigung und der Torwart der Gäste bekommen harte Arbeit, wissen diese jedoch mit viel Glück zu meistern. Können aber nicht verhindern, daß die Castroper 2 Minuten vor Schluß zum vierten Male einsenden.

Die Gäste stellten im allgemeinen eine sympathische Elf. Nur das laute und nervöse Spiel, besonders des sonst guten Mittelstürmers, konnte nicht gefallen. Gut waren Torwart, rechter Verteidiger und Mittelstürmer.

Die Castroper Elf, zum ersten Male wieder mit „Oette" spielend, zeigte sich von der besten Seite.

Der Schiedsrichter hatte das Spiel jederzeit in Händen.

Die 2. Jgd. C. S. V. gewann gegen die 2. Jgd. S. V. 11 Harpen verdient mit 1:0.

Die 3. Jgd. C. S. V. spielte gegen die 2. Jgd. Rasensport Rauxel unentschieden — 3:3.

Die 3. Mannschaft und 1. Jgd. des Sportvereins 11 Harpen traten nicht an.

Hebro.

V. V. 11 I.—Merkur-Dortmund I. 3:0 (2:0).
(Eckenverhältnis 4:1).

Wegen des schlechten Wetters konnte der Schiedsrichter mit genau einer Stunde Verspätung erst um 4½ Uhr das Spiel anpfeifen. V. V. hat Anstoß. Sofort entwickelt sich ein flottes und scharfes Spiel. V. V. Sturm geht geschlossen vor. Halblinks erhält den Ball und rast dem Heiligtum Merkurs zu. Die Verteidiger sind zur Stelle. Halblinks umspielt und schießt in der 6. Minute das erste Tor. Nach Anstoß gehen die Dortmunder vor V. V.s Tor. Doch die Verteidigung ist auf der Hut. Ein langer befreiender Schuß des linken Verteidigers bringt Halblinks den Ball, der schnell vorgeht, einige Mann umspielt und in der 10. Minute den zweiten Treffer bucht. 2:0 für V. V. 11. Allmählich wird nun V. V. etwas überlegen, kann aber nichts erreichen. Dortmunds Verteidigung und besonders der kleine Torhüter klären einige totsichere Sachen. In der 21. Minute bekommt V. V.s Halblinks vom Halbrechten 3 Meter vor dem Tore einen schönen Ball vorgelegt, den er aber knapp neben die Torlatte jagt. Da bekommt in der 32. Minute V. V. wegen gefährlichen Spielens der Dortmunder Verteidigung einen Elfmeter zugesprochen, der, vom Mittelläufer getreten, vom Dortmunder Torwart in feiner Manier gehalten wird. Bald darauf ist Halbzeit. Nach der Pause legt sich V. V. 11 sofort wieder ins Zeug und zieht vor Merkurs Tor. Es werden aber nur 2 Ecken in der 4. und 11. Minute erreicht, die nichts einbringen. In der 14. Minute wird ein Dortmunder Stürmer regelwidrig gelegt. Elfmeter! Halbrechts tritt — daneben. Bald darauf muß V. V.s Mittelläufer den Platz verlassen. V. V. muß nun mit 10 Mann spielen, doch geht es immer frisch weiter. In der 37. und 38. Minute wieder 2 Ecken für V. V., die aber beide nicht zum Tor verwandelt werden. Das Spiel geht nun dem Ende zu. Merkur setzt alles daran, wenigstens einen Ehrentreffer zu buchen. Doch V. V.s Verteidigung steht wie eine Mauer und der Torwart hält einige sehr brenzliche Sachen, indem er sich dem heranstürmenden Mann entgegenwirft und ihm den Ball vom Fuß nimmt. 3 Minuten vor Schluß köpft V. V.s Mittelstürmer einen Ball, der am Dortmunder Verteidiger abprallt und ins Tor geht. Dann ist Schluß. Von Merkur ragten besonders Halbrechts, Mittelläufer, Verteidigung und der kleine Torwart hervor. Von V. V. 11 Halblinks, Mittelläufer, Verteidigung und Torwart. Sonst waren alle auf der Hut.

Lm.

Spielergebnisse.

Germania-Herne — Werne Süd 3:1.
Union-Recklinghausen-Süd — Falkenhorst 3:1
Westfalia-Herne — Horst-Emscher 1:3.
Stamm-Herne — Selm 3:1.
Sodingen — Viktoria-Gelsenkirchen 2:2.
Langendreer 04 — Dortmund 08 3:2
Westfalia-Bochum — Germania-Herne 2:0, abgebrochen.
Bochum 48 — Sp. V. Duisburg 1:2.
Union-Gelsenkirchen — Preußen-Bochum 2:0
Sp. Sp. Gerthe — Concordia-Herne 3:2.
T. V. Essen — Arminia-Bielefeld 0:0.
F. C. Witten — Sp. V. Sprockhövel 3:6.
T. V. Eickel — Sp. V. Hattingen 2:0.
Essen-West 81 — F. Cl. Essen 3:1.
V. f. L. 87 Essen — T. V. Bonn 4:4.
Schalke 96 — Schalke 77 3:1.
Preußen-Wanne — Arminia-Bielefeld 16 5:1.
Germania-Bochum II — Germania-Queerenburg I 2:0.
1. F. Cl. 06 IV — Bochum 48 V 0:9.

*

Pferderennen.

Der Dortmunder Ausgleich.

Mittwoch-Renntag! Für wie viele eine freudig begrüßte Unterbrechung arbeitsüberlasteter Tage, Ablenkung von Valuta-, Kohlen- und Kartoffelsorgen! Und für die Leute vom Bau eine willkommene Gelegenheit, den Hafersorgen des nahen Winters zu steuern. Also eitel Freude ringsum — beim Hinausfahren!

Ein schöner Tag! Im Mittelpunkt der Dortmunder Ausgleich um 100 000 Mk. Ein Ausgleich ist immer ein besonders interessantes Rennen — erst recht natürlich, wenn es um so hohen Preis geht. Da setzt jeder Ehrgeiz und den letzten Rest von Kraft, Willen und Reitkunst ein, den Sieg und reichen Gewinn zu erringen. Und glänzend besetzt wird das Rennen bei einem offenen Charakter und der Preishöhe ohne Zweifel. Die anderen Rennen sind mit insgesamt 500 000 Mk. und einigen Ehrenpreisen bedacht. Nennungen liegen in reicher Zahl vor, also sind alle Voraussetzungen für einen besonders interessanten Nachmittag gegeben.

Nachrichten aus Westdeutschland.

* **Wetter.** (Ein unglaublicher Selbstmordgrund.) In der Ortschaft Auf dem Schnee erhängte sich ein dem Trunke ergebener Mann, da er fürchtete, sämtliche Wirtschaften würden geschlossen werden, weil das Gerücht umgehe, daß kein Schnaps mehr gebrannt werden dürfe.

* **Wattenscheid.** (Kein markenfreies Brot mehr.) Die Bäckerinnung von Stadt und Amt Wattenscheid erklärt, infolge der steigenden Mehlpreise vorläufig kein markenfreies Brot mehr backen zu können. Bei den jetzigen hohen Preisen für Auslandsmehl würde ein sechspfündiges Brot nicht unter 170 Mark verkauft werden können.

* **Düsseldorf.** (Ausstellung.) Samstag mittag wurde hier die Landwirtschaftliche Ausstellung in der großen Maschinenhalle und dem anschließenden Freigelände mit einer Ansprache des Fürsten zu Wied eröffnet. Die Ausstellung ist außerordentlich reichhaltig mit allen landwirtschaftlichen Bedarfsgegenständen beschickt und bleibt bis zum 24. d. Mts. geöffnet. Für die kommende Woche steht eine Reihe wichtiger Tagungen im Anschluß an die Ausstellung bevor.

Kreuznach (Millionendiebstahl). Eine Amerikanerin, Gräfin Alma von Blücher, die im Auftrage amerikanischer Frauenvereine seit einiger Zeit in Deutschland sich aufhält, um hier große Wohlfahrtsarbeiten zu verrichten, wohnte seit Anfang August hier in einem Hotel. In der Nacht vom 28. zum 29. August wurde ihr Zimmer, ohne daß sie es merkte, geöffnet. Als die Gräfin morgens nicht erschien, schöpfte man Verdacht, öffnete die Tür gewaltsam und fand die Gräfin betäubt im Bett. Es stellte sich heraus, daß sie in der Nacht mit Chloroform betäubt worden war. Ihre gesamten Schmucksachen, die sie in der Nacht unter dem Kopfkissen geborgen hatte, waren geraubt; sie stellten einen Wert von 7½ Millionen Mark dar. Die Kreuznacher Polizei hat zunächst in aller Stille nach den Tätern gespürt und erst Anfang dieses Monats die Frankfurter Polizei benachrichtigt, die jetzt die Spur der Täter aufgenommen hat. Man glaubt tatsächlich, die internationalen Hoteldiebe, um die es sich handelt noch fassen zu können.

Rennen zu Dortmund

Sonntag, den 10., — Mittwoch den 13., — Sonntag, den 17. September nachm. 2,30 Uhr

4915

Preise etc. 1650 000.- Mk.

am 10. Sept. „August Klönne Erinnerungsrennen" Mk. 125000
am 13. Sept. „Dortmunder Ausgleich" Mk. 100000
am 17. Sept. „Herbst-Preis" Mk. 100000

Preise etc. 1650 000.- Mk.

Möbelbedarf und steigende Preise!

Der Möbelgebraucher sieht sich in Zukunft fast unerschwinglichen Preisen gegenüber, da auch eine Besserung des Markkurses Lohnerhöhungen und Verteuerung von Fracht und Kohle nicht aufhalten kann. Ich biete dem rasch entschlossenen Käufer durch zwangslose Besichtigung eine ganz besondere Gelegenheit, aus meinen alten Beständen

gute Möbel preiswert zu erwerben.

Spezialhaus für bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

Heinrich Lotzgeselle

Rauxel, Bahnhofstrasse
Telefon 433

5013

Statt Karten.

Ihre Vermählung geben bekannt

Albert Appelhans
Elisabeth Appelhans
geb. Osthoff 5004

Castrop, den 12. September 1922.

Ihre Vermählung geben bekannt:

Karl Plassmann
und Frau
Lenchen geb. Tolls 5016

Willich, den 12. September 1922.

ROLAND LICHT-SPIELE

1.

Der

Fuhrmann des Todes

Drama in 6 Akten

nach dem gleichnamigen Roman von Selma Lagerlöf. Wiedrum einer unserer beliebtesten Svenska-Filme, die uns die wunderbaren Naturaufnahmen zeigt und reich an Sensationen ist.

2.

Das große Lustspiel in 3 Akten:

Die Tante aus Afrika

Alles lacht! Alles lacht!

In der Hauptrolle der hier so bekannte
wo alles sich krümmt vor
Lachen:
Hermann Picha.

3.

Kinder der Savanne

Wild-West-Schlager in 5 Akten.

Spannend! Spannend!

Der Expreßzug der mexikanischen Pacificbahn wird durch einen ausgedehnten Brand der Pampas gehindert, seine Reise fortzusetzen, und die Passagiere sind genötigt, in der Estazion Patintoque Unterkunft zu suchen. Umritten von mexikanischen Gauchos darunter Harry Hastings begeben sich alle zu dem einzigen Gasthaus zum Grand Hotel San Sebastiano. Dort empfängt sie Antonio de Soles y Torres und seine liebreizende Tochter Mercedes. Zur selben Zeit erhielt in einer amerikanischen Großstadt John Gibson, der Inhaber der Firma Charles Pick u. Co. einen anonymen Brief, in dem ihm mitgeteilt wird, daß ein Kind seiner verschollenen Jugendgeliebten am Leben ist, und daß es sich in San Sebastiano befindet . . . . .

Ab Freitag Fortsetzung des mit großem Beifall aufgenommenen

Tarzans neue Mission

mit Elmo Lincoln.

Zahle höchste Preise für gebr. Möbel, Herde usw.
Schäfer, Schwerin Frohlinderstr. 37

Barmer Bank-Verein

Gegründet 1867 Hinsberg, Fischer & Comp. Fernspr. 87 u. 88.

Castrop, Viktoriastraße 19.

Hauptsitz in Barmen. Niederlassungen in Aachen, Ahlen, Altena, Andernach, Aurich, Barmen-Rittershausen, Bentheim, Betzdorf, Bielefeld, Bocholt, Bochum, Bonn, Brühl, Bünde, Burgsteinfurt, Castrop, Cleve, Coblenz, Cöln, Cöln-Mülheim, Coesfeld, Crefeld, Dortmund, Dülmen, Düsseldorf, Duisburg, D.-Meiderich, Emden, Emsdetten, Essen, Gevelsberg, M.-Gladbach, Greven, Gronau, Gütersloh, Gummersbach, Hagen, Halver, Hamm, Haspe, Heiligenhaus, Herford, Herzogenrath, Hilden, Hörde, Hohenlimburg, Hückeswagen, Iserlohn, Königswinter, Kohlscheid, Langenberg, Leer, Lennep, Lüdenscheid, Lüneburg, Mainz, Meinerzhagen, Menden, Mettmann, Milspe-Vörde, Münster i. W. Neviges, Norden, Norderney, Ohligs, Opladen, Osnabrück, Papenburg, Plettenberg, Remscheid, Rheine, Rheydt, Siegburg Siegen, Soest, Solingen, Schalksmühle Schwelm, Schwerte, Steele, Stolberg, Uerdingen, Unna. Vallendar, Velbert, Viersen, Warendorf, Werdohl, Wermelskirchen. Wipperfürth, Wülfrath, und Witrselen. Agenturen: Borkum, Bunde, Bornum, Esens, Hage, Haren-Ems, Juist, Lathen-Ems, Marienhafe, Papenburg-Obenende, Sögel, Weener, Wittmund.

Kapital und Rücklagen Mk. 220 Millionen.

Vermittlung aller bankmäßigen Geschäfte Vermögensverwaltung. 4390

Schönes Haar—schönste Zier!



Und dabei so leicht zu erwerben: Durch regelmäßige Pflege mit JAVOL. Das Kräuterhaarwasser JAVOL macht das Haar seidenweich, voll, duftig und locker, frei von Kopfschuppen und Schinnen. JAVOL ist in jeder Apotheke, Drogerie und beim Friseur zu haben.

Bringe meine moderne

Schuhwaren

in empfehlende Erinnerung

Reparaturen werden prompt und sauber zu den billigsten Tagespreisen ausgeführt.

August Weiland
Habinghorst, Kronprinzenstr. 94.

Dobermann-Pinscher-Verein

Abteilung Castrop
hält seine erste

Versammlung

heute Dienstag, den 12. September, abends 8 Uhr im Restaurant „Zum Löwen" (Schlünder) ab. Auch dem Verein noch fernstehende Dobermann-Liebhaber werden zu dieser Versammlung freundlich eingeladen.

Der Vorstand.

Mit Genehmigung unserer Aufsichtsbehörde tritt am 13. September eine

Erhöhung unserer Fahrpreise

in Kraft. Die zu entrichtenden Fahrpreise sind durch Aushang in den Wagen und den Aushangstellen bekannt gegeben. 5019

Herne, den 11. September 1922

Straßenbahn
Herne Sodingen Castrop.

Bekanntmachung.

II. Nachtrag
zu der Ordnung betr. die Erhebung einer Hundesteuer im Bezirk der Stadt Castrop.

Auf Grund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 8. August 1922 wird hiermit in Gemäßheit der §§ 16, 18, 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 14 Juli 1893/26. August 1921 zu der Hundesteuerordnung vom 13. Juli 1920 folgender 2. Nachtrag erlassen:

Die Steuersätze im Absatz 2 des § 1 werden dahin abgeändert,

für den ersten Hund	150 M
für den zweiten Hund	300 M
für jeden weiteren Hund	450 M

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Castrop, 8. August 1922. 5005

Der Magistrat: Schmitz.

Zu Tgb.-Nr. 546 IV,
Genehmigt.
Arnsberg, 31. August 1922.
Namens des Bezirksausschusses, Abt. I.
(L. S.) Der Vorsitzende. J. V.: (Unterschr.)
B. A. I G. III 273/22

Veröffentlicht.
Castrop, den 8. September 1922
Der Magistrat: Schmitz.

Totenbriefe
auf Quart-Briefbögen mit schwarzem Rand, sowie kleine

Totenzettel
mit Text auf 2 Seiten und

Trauerbilder
mit Text auf der Rückseite liefern wir in sorgfältig. Ausführung innerhalb 2 Stunden nach Eingang der Bestellung.

Castroper Zeitung
Castrop i. Westf.
Fernsprecher Nr. 6.

Asthma

kann geheilt werden. Sprechstunden in Dortmund, Burgwall 10/12 (Hotel Westfalenhof,) jeden Dienstag von 9—1 Uhr. 9100

Dr. med. Alberts,
Spezialarzt, Berlin SW. 11

Mit Freuden Ihre Sendung erhalten u. bin erstaunt über die sehr gute Qualität, schreibt mir Herr A. L. aus Frankfurt.

Auch Sie sind zufrieden! Sie sparen auch viel Geld beim Bezug direkt aus d. Fabrik.



Zur Probe 100 gr einer Sorte; 400 gr als Musterpostsendung sind am billigsten. Grobschnitt p. Pfd. 35.-, 48.-, 53.-, 60.- Mk., Mittelschnitt p. Pfd, 50.-, 55.-, 62.-, 66.- Mk. } verp. u. verst. in 100 Gramm oder 1 Pfd. Paket

Cigarettentabak Haarschnitt p. Pfd. 120,- und 144,- Mk. in 50 u. 100 gr Paket gegen Nachn. Verpackung frei. — Von 6 Pfund an portofrei.

Preisänderung jederzeit vorbehalten. 7502

Emil Köller, Bruchsaal Nr. 145 (Baden)

Behandlung aller

Krankheiten

wie Nieren- und Blasenleiden, Haut-, Harn-, Magen-, Darm-, Nerven-, Lungen- u. Leberleiden. Gallensteine u. Bettnässen werden in kürzester Frist und in den hartnäckigsten Fällen unter Garantie beseitigt.

Behandlung ohne Berufsstörung. Verschwiegenheit zugesichert. Nach Frau Pastor Madaus Augendiagnose. Einzigste am Platze.

Heilinstitut G. Pingel,
Rauxel, Bahnhofstr. 13
(Gasthof Strotkamp).

Sprechzeit: 8993
Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 10—7 Uhr.

Verrenkungen
H. Wienert
ist Donnerstags nachm. v. 4-6 Uhr
Callenberg,
Castrop, Widumerstraße 2. Tel. 493.

Matratzen und Sofas

polstert mit bestem Materia dauerhaft und billig auf Neue Polstersachen werden n eigner Werkstatt angefertigt. Aufhängen von Gardinen und Dekorationen.

Jakob Deden,
Polsterer und Dekorateur,
Widumerstraße 50,
Viktoriastraße 69.

Neuer 5020

Gummimantel

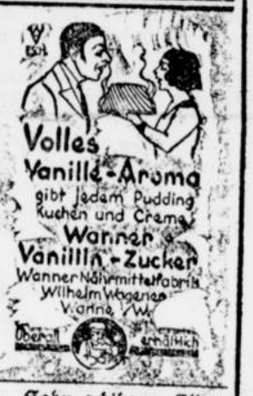
für mittlere Figur billig zu verkaufen. Holzstr. 27, II.

Neues 5014

Fahrrad

Cito 162350 doppelte Handbremse, vernickelte Felgen, rote Contidrahtreifen gestohlen. Wiederbeschaffung 1000 Mk. Belohnung.

Merklinde, Wittenerstr. 86



Sohn achtbarer Eltern der Lust hat, das

Bäckerhandwerk
5006 zu erlernen
kann sich sofort melden.

Dampfbäckerei
Fr. Makosch,
Castrop-Schwerin.

Sauberes 5010

Mädchen

nach Dortmund gesucht. Zu erfragen im Parterrewarenhaus „zur billigen Quelle" Castrop, Biesenkampstr. 2.

Junges 5015

Mädchen

zum Putzen der Geschäftsräume für einige Stunden vormittags gesucht.

Ph. Aronheim

---

2 junge Leute suchen für sofort besseres

möbl. Zimmer

Offerten unter Nr. 5018 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Fox-Terrier

entlaufen, vor Ankauf wird gewarnt. 5017

Schuhhaus Beckmann,
Widumerstr. 31.

Krätzurgan 3723

beseit. schnell Hautjuck., Ausschl., Krätze, Flecht., b. Erw. u. Kind. ohne Berufsstör. 1000000 bew. Drog. Appelhans, Widumerstr. 28; Habinghorst: Juls; Kronpr.-Str. 58; Ickern: Rohrer. — Auch Versand. —

B. Weßner

Metropol-Theater

Castrop, Kaiser-Friedrichstraße 21.

Aelteste und hervorragendste Lichtbildbühne am Platze
verbunden mit Cafe-Restaurant
Eigene elektr. Lichtzentrale + Zentralheizung

Fernruf 144
Amt Castrop.

Dienstag	Mittwoch	Donnerstag
12. 9.	13. 9.	14. 9.

Der Kampf um die Ehe

I. Teil

Wenn in der Ehe die Liebe stirbt

Aus dem Leben in 6 Akten von Rudolf Strauß und Adolf Lantz.

Hauptrolle:

Thea Sandten

Kleider, Kostüme usw. sind Modeschöpfungen der Firma V. Mannheimer Berlin.

Der Kampf um die Ehe

II. Teil

Feindliche Gatten oder: Irrungen des Lebens.

Auch aus diesem Teil ersehen wir so recht, daß das Schicksal den Menschen unerbittlich seinen Weg führt, denn zu spät kommt Larsen als Befreier. Er kann nur noch durch einen hinterlassenen Brief Kenntnis nehmen von Lias Unglück und ausgestandener Qual.

Die Königin von Whitechapel

Filmroman in 5 Akten aus dem Artistenleben von Walter Wassermann

mit

Esther Carena — Magnus Stifter — Hermann Picha

in den Hauptrollen.

Aenderungen im Programm vorbehalten

Musik: 5003

Herr Kapellmeister Schmitt mit seinen Künstlern.

Jugendliche unter 18 Jahren haben auch in Begleitung Erwachsener **keinen Zutritt**

Café „Metropol"

als

Rosen-Pavillon

Täglich

KONZERT

des Damen-Salonorchesters

Berlin—Wien

unter persönlicher Leitung der Kapellmeisterin Frl. Erna Eggert.